

Conrad Grau

**„... den überall an die deutschen Grenzen gebundenen Forschern  
neue Aufgaben erschließen ...“**

**Deutsche Forschungsorganisation und internationale Wissenschaftsbeziehungen 1918 bis 1930 (1999)<sup>1</sup>**

Der als Thema zitierte Text findet sich in den 1952 erschienenen Memoiren von Friedrich Schmidt-Ott, der damit rückblickend seinen Anteil an der Wiederherstellung deutscher internationaler Wissenschaftsbeziehungen nach dem ersten Weltkrieg beschrieb. Im speziellen Fall handelte es sich dabei um die Teilnahme deutscher Wissenschaftler an der 200-Jahr-Feier der Akademie der Wissenschaften der UdSSR 1925 in Moskau und Leningrad. Schmidt-Ott, der letzte königlich preußische Kultusminister, amtierte seit 1920 gleichzeitig als Präsident der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft und der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas. Zugleich war er von 1919 [1920] bis 1937 zweiter Vizepräsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, von 1921 [1919] bis 1937 deren Senator und von 1937 bis 1951 [bis zu seinem Tod 1956] deren Ehrensenator. Schmidt-Ott wurde schon 1914 zum Ehrenmitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin gewählt. Sogar der Leopoldina, also der naturwissenschaftlichen Akademie

1 Diese Ausarbeitung, jetzt im Nachlaß, lag dem von Conrad Grau auf dem 4. Symposium zur Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, der Akademien der Wissenschaften und ihrer Institute/Kommissionen zum Rahmenthema „Die internationale Dimension der Wissenschaft“ in der Werner-Reimers-Stiftung zu Bad Homburg vom 5. bis 8. Mai 1999 gehaltenen Vortrag unter dem Titel „Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und die Internationale Association der Akademien im Boykott und Gegenboykott deutscher Wissenschaft durch das Ausland 1918–1930“ zugrunde. Sie wurde vom Autor an Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko übergeben, die gemeinsam für das Programm dieser Veranstaltung verantwortlich waren. Die ursprünglich beabsichtigte Publikation der Beiträge dieses und eines im Frühjahr 2000 geplanten Fortsetzungs-Symposiums kam nach Auflösung der Stiftung nicht mehr zustande. Inhaltlich ist der vorliegende Text als eine Vorarbeit zu Graus Studie „Die Preußische Akademie und die Wiederanknüpfung internationaler Wissenschaftskontakte nach 1918“ (2000) [Schr.verz. Nr. C 178] zu betrachten, welche die Studie von 1980 [Schr.verz. Nr. C 52] fortführt. Die Zitate werden auch in der ausführlichen Studie verwendet; die Quellenangaben werden hier nach dieser Publikation ergänzt.

in Deutschland, gehörte er seit 1933 als Ehrenmitglied an. Er stand folglich, wenn man vor allem seine Tätigkeit als Präsident der Notgemeinschaft / Deutschen Forschungsgemeinschaft in Rechnung stellt, mitten im Getriebe der deutschen universitären und außeruniversitären Forschung, die er nachhaltig beeinflusste.<sup>2</sup>

Obwohl Schmidt-Ott nicht als Forscher tätig war, lassen sich gerade an seinen Ämtern die vielfältigen innerdeutschen föderalen und zentralen, fachlichen und institutionellen Verflechtungen der Forschungsorganisation verdeutlichen. Generell sollte man bei Untersuchungen über die deutsche Wissenschaft und damit auch über ihre internationale Dimension die Multifunktionalität deutscher Wissenschaftler im Organisationssystem der Forschung in dem hier behandelten Zeitraum stärker in Rechnung stellen, als es mir oft der Fall zu sein scheint. Es war ein relativ eng begrenzter Kreis von Wissenschaftlern, der in wichtigen Institutionen bestimmend Einfluss nahm, wobei vielfältige Ämterhäufungen nicht selten waren. Ich denke hier vor allem an die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die Notgemeinschaft, die Universitäten mit ihrem Hochschulverband und ihrer Rektorenkonferenz sowie die Akademie der Wissenschaften mit ihrem Kartell, gar nicht zu reden von den nationalen Fachgesellschaften. Alle diese Einrichtungen, die einen weniger, die anderen mehr, waren durch ihre einzelnen Mitglieder und institutionell in den Prozess der internationalen Wissenschaftskooperation fördernd oder hemmend eingebunden. Manche hatten eigene Auslandsreferate, bei manchen dominierte zumindest zeitweilig die Beschäftigung mit internationalen Problemen. Letzteres gilt in hohem Maße für das Akademiekartell, dem sogar von Mitgliedsakademien zuweilen vorgeworfen wurde, seine eigentlichen wissenschaftlichen Aufgaben gegenüber der Außenvertretung zu vernachlässigen.

Ausgehend von meinen akademiegeschichtlichen Studien habe ich mich mit der internationalen Wirksamkeit des Kartells unter verschiedenen Gesichtspunkten besonders intensiv beschäftigt.<sup>3</sup> Dabei bin ich, wie ich glaube, nicht immer der Gefahr entgangen, das Kartell nicht deutlich genug in die Multifunktionalität der deutschen Wissenschaftsorganisation hinsichtlich ihrer internationalen Dimension einzubinden. Ich will hier versuchen, dem et-

2 Dazu jetzt B. vom Brocke: Friedrich Schmidt-Ott. Wissenschaft als Machtersatz. Preußisch-deutsche Wissenschaftspolitik zwischen Kaiserreich und Diktatur. Aus Anlaß des 50. Todestages. In: Dahlemer Archivgespräche. Bd. 12. Für das Archiv der Max-Planck-Gesellschaft hg. von Lorenz Friedrich Beck und Hubert Laitko. Berlin 2007, S.153–188. Die in eckige Klammern gesetzten Jahreszahlen sind Korrekturen hiernach.

was entgegen zu wirken. Dabei kann ich mich weniger auf bereits durchgeführte eigene Untersuchungen über die einzelnen Wissenschaftsorganisationen stützen, zu denen ich eher anregen möchte. Daher will ich mich bemühen, vom Kartell ausgehend vielleicht einige Anregungen für eine komplexere Analyse der internationalen Situation zu geben.

Nach dem Schiffbruch der internationalen Zusammenarbeit während des Weltkrieges kam es unter dem Einfluss der Siegermächte schon 1919 ohne deutsche Beteiligung zur Bildung von zwei internationalen Organisationen, des *International Research Council / Conseil International des Recherches (IRC/CIR)* und der *Union Académique Internationale (UAI)*. In dieser Boykott-Situation handelte auf Seiten der Kriegsverlierer der seit 1893 bestehende Verband wissenschaftlicher Körperschaften, das Kartell der Akademien in Berlin, Göttingen, Heidelberg, Leipzig, München und Wien, sofort und – soweit ich sehe – als einzige ausgewiesene Wissenschaftsorganisation in Deutschland. Die Initiative ging von der Preußischen Akademie aus. Sie konnte sich darauf berufen, dass ihr 1913 in St. Petersburg auf der letzten Vorkriegstagung von mehr als zwanzig Akademien der Wissenschaften der Vorsitz der *Internationalen Assoziation der Akademien (IAA)* übertragen worden war. Die Assoziation bestand zwar de facto seit 1914 nicht mehr, und die neuen internationalen Organisationen betrachteten sich als in ihrer Tradition stehend, aber die Preußische Akademie und mit ihr die anderen Kartell-Akademien beharrten darauf, dass die IAA ihre Tätigkeit nur vorübergehend unterbrochen hatte. Daraus leiteten die Akademien ihre internationale Handlungsverpflichtung ab.

Auf Initiative der Preußischen Akademie reklamierte das Kartell vor allen anderen Wissenschaftsorganisationen am 3. Oktober 1919 den Anspruch, für die gesamte deutsche Wissenschaft im Hinblick auf die internationalen Beziehungen zu sprechen. In der auch publizierten Erklärung des Kartells heißt es:

„Wenn von der Wissenschaft des Auslandes die Wiederaufnahme der jetzt abgebrochenen internationalen Beziehungen auf Grund voller Gegenseitigkeit gewünscht wird, so sind die kartellierten Akademien bereit, dazu die

---

3 C. Grau: Die Wissenschaftsakademien in der deutschen Gesellschaft: Das „Kartell“ von 1893 bis 1940. In: Christoph Scriba (Hg.): Die Elite der Nation im Dritten Reich. Das Verhältnis von Akademien und ihrem wissenschaftlichen Umfeld zum Nationalsozialismus. Leopoldina-Symposium vom 9. bis 11. Juni 1994 in Schweinfurt (Acta historica Leopoldina, Nr. 22). Halle (Saale) 1995, S. 31–56; ders.: Das Urkunden-Corpus des Oströmischen Reiches. Die Internationale Assoziation und das Kartell der Akademien. Ein Beitrag zur Geschichte der Byzantinistik. Beitrag auf dem Kolloquium der Leibniz-Sozietät: Byzanz und Neugriechenland, anlässlich des 75. Geburtstages von Johannes Irmscher. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 18 (1997), Heft 3, S. 65–84.

Hand zu bieten, und raten auch den einzelnen Forschern deutscher Zunge, sich auf diesen Standpunkt zu stellen. Einstweilen aber empfehlen sie den deutschen wissenschaftlichen Anstalten (Akademien, Hochschulen, Gesellschaften, Museen, Bibliotheken und Archiven) wie auch den einzelnen Vertretern der deutschen Wissenschaft, im Verkehr mit dem bisher feindlichen Auslande die größte Zurückhaltung zu beobachten.“<sup>4</sup>

Damit war sowohl „den deutschen wissenschaftlichen Anstalten“ als „auch den einzelnen Vertretern der deutschen Wissenschaft“ eine Richtung vorgegeben, von der öffentlich abzuweichen einen Bruch der nationalen Solidarität bedeutet hätte. Es war die Geburtsstunde des deutschen Gegenboykotts, der trotz der sukzessiven Aufweichung des Boykotts von den Akademien fast 15 Jahre durchgehalten wurde. Dieses institutionelle Festhalten des Kartells an der einmal vorgegebenen Linie hat nicht verhindert, dass andere deutsche Wissenschaftsorganisationen und auch die einzelnen Akademien von Fall zu Fall allmählich wieder internationale wissenschaftliche Kontakte aufnahmen. Die Wiederbelebung der internationalen Assoziation der Akademien mit Hilfe der im Krieg neutralen Länder und der in der Wissenschaftlergemeinschaft isolierten Akademie der Wissenschaften in Petrograd /Leningrad ist trotz intensiver Bemühungen und sogar einiger erfolgversprechender Ansätze nicht gelungen. Der Gegenboykott war ebenso wie der Boykott etwa 1926 gescheitert, obwohl das Kartell weiterhin unvermindert auf einen Zerfall der sogenannten Entente-Organisationen hoffte.

Die *Union Académique Internationale* hatte von Anfang an auf einen ausdrücklichen Ausschlussparagrafen für die Wissenschaftler der Mittelmächte verzichtet, den Ausschluss aber dennoch praktiziert. Der *International Research Council* hob die entsprechende Regelung 1926 offiziell auf. In demselben Jahr wurde Deutschland durch die Aufnahme in den Völkerbund zum gleichberechtigten Mitglied der Staatengemeinschaft. Obwohl damit der Beitritt deutscher Wissenschaftler zu den internationalen Wissenschaftsorganisationen nicht nur möglich, sondern sogar erwünscht war, verhielten sich vor allem die Akademien der Wissenschaften unverändert ablehnend. Sie betonten nunmehr verstärkt den politischen Charakter der UAI und des IRC, der zunächst überwunden werden müsste. Dadurch stellten sie sich gegen den Trend der unverkennbaren Normalisierung der internationalen Beziehungen. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die Notgemeinschaft und der Hochschulverband – um nur diese hier zu nennen – und teilweise auch die einzelnen Aka-

4 Almanach der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften Bd. 69. Wien 1919, S. 108 f.

demien praktizierten allerdings bereits internationale Kooperationen unterhalb der institutionellen Schwelle der UAI und des IRC, die für das Kartell in Anknüpfung an die ehemalige IAA formal stets der Bezugspunkt blieben. Es zeigte sich darin auch eine Verkenntung tatsächlicher Entwicklungen der internationalen Beziehungen, die einen anderen Charakter als vor dem ersten Weltkrieg angenommen hatten, und des Einflusses der Akademien der Wissenschaften. Sie spielten nun neben den Kaiser-Wilhelm-Instituten, den Universitätsinstituten, der außeruniversitären Forschung und der forschungs-koordinierenden Funktion der Notgemeinschaft eine zunehmend untergeordnete Rolle. Zwischen dem Anspruch des Kartells, die deutsche Wissenschaft gegenüber dem Ausland zu vertreten, der aus Vorkriegsverhältnissen und der einstigen Funktion der IAA abgeleitet wurde, und den tatsächlichen Verhältnissen tat sich eine Lücke auf. Dadurch geriet das Kartell seit der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre sogar in Widerspruch zur Regierung, die an einem Beitritt Deutschlands zu den internationalen Organisationen interessiert war.

Nachdem der *International Research Council* 1926 seinen Ausschlussparagrafen aufgehoben hatte, wurde der Reichsregierung in Berlin der Wunsch zum deutschen Beitritt angetragen. Die Regierung wurde eingeschaltet, da es – wie es in dem betreffenden Dokument heißt – „in Deutschland nicht eine Hauptakademie, sondern fünf gleichgeordnete Akademien gäbe“. Hier zeigten sich Nachteile der föderalen Wissenschaftsorganisation, weshalb die Reichsregierung nunmehr über die Länderregierungen und deren zuständige Fachministerien verhandeln musste. In diesem Fall war für letztere das Kartell der erste Ansprechpartner vor dem Hochschulverband und der Notgemeinschaft. Die Regierung machte deutlich, dass „eine Ablehnung der Einladung im Interesse der außenpolitischen Stellung des Reichs nicht für möglich“ gehalten wurde. Zugleich konstatierte die Regierung: „Die Frage, wer die Vertretung Deutschlands übernehmen soll, und ob dies durch die vereinigten deutschen Akademien oder durch eine besondere wissenschaftliche Körperschaft zu geschehen hätte, kann späterer Erwägung vorbehalten bleiben.“<sup>5</sup> Das blieb es in der Tat.

Die Akademien des Kartells haben 1927 insgesamt fünf Konferenzen über den Beitritt zu den internationalen Organisationen durchgeführt. Sie fanden in Denkschriften ihren Niederschlag, führten aber nicht zu Entscheidungen. Die Akademien traten mit immer neuen Vorbehalten aus ihrer – wie sie es noch 1930 nannten – „abwartenden Haltung“ nicht heraus. Als die Regie-

5 ABBAW Berlin. Bestand PAW II-XII, 7, Bl. 19.

rung schon am 20. April 1927 in Verhandlungen mit dem Kartell, dem Hochschulverband und der Notgemeinschaft anregte, „einen besonderen Forschungsrat zu bilden“, der die internationale Vertretung Deutschlands übernehmen sollte, wandten sich das Kartell und auch der Hochschulverband dagegen, „da sich kaum jemand zum Eintritt in einen solchen Forschungsrat bereit finden würde“. <sup>6</sup> Ende 1927 erwog die Regierung, wie die Preußische Akademie inoffiziell erfuhr,

„festzustellen, ob die Akademien damit einverstanden wären (ein tolerari potest aussprechen könnten), a) dass die Reichsregierung den deutschen Vertreter von sich aus ernennt; b) dass die deutschen Akademien es ihren Mitgliedern freistellen, einem ev. derartigen Auftrag der Reichsregierung Folge zu leisten.“ <sup>7</sup>

Tatsächlich wandte sich das Auswärtige Amt in diesem Sinne an die Akademien. Eine entsprechende Anfrage wurde am 15. Dezember 1927 in der Preußischen Akademie verhandelt, wobei behauptet wurde,

„dass es zunächst fraglich sei, ob das Auswärtige Amt überhaupt das Recht besitze, sich über die Akademien und die sonstigen berufenen wissenschaftlichen Vertretungen hinwegzusetzen und Delegierte in den Conseil zu schicken. Ein solches Vorgehen würde nach den Satzungen des Conseil naturgemäß nur in solchen Staaten zulässig sein, wenn es sich um legale Vertretungen der Wissenschaft nicht handelt. Deutschland, das über wissenschaftliche Vertretungen verfügt, kann nicht behandelt werden, wie etwa Marokko, Tunis etc. Die Akademie spricht sich auch dahin aus, dass sie nicht gewillt sei, Vorschläge zu machen, und keineswegs die von der Regierung bestellten Vertreter als Vertreter der Wissenschaft anerkennen werde. Die Akademie überlässt es dem Auswärtigen Amt, die Folgen seines Vorgehens betreffend die Wahl von Delegierten in den Conseil zu tragen. Das Plenum ist auch der Meinung, dass es die von der Regierung gewählten Delegierten keineswegs als Mittelpersonen zwischen dem Conseil und den Akademien betrachten wird.“

Bei dieser Gelegenheit informierte Adolf von Harnack, „dass es unverbindlich bekannt geworden sei, es würden eventuelle Verhandlungen mit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft oder mit der Notgemeinschaft betreffend der Wahl von Delegierten in Aussicht genommen.“ <sup>8</sup>

6 Ebd., Bl. 37.

7 ABBAW Berlin. Bestand PAW II-XII, 8, Bl. 2.

8 Ebd., Bl. 5.

In der weiteren Praxis spielten diese Überlegungen keine Rolle mehr. Immerhin wurde deutlich, wie sich die innere Situation der deutschen Wissenschaft auf die internationalen Beziehungen auswirkte. Deutschland wurde vor dem zweiten Weltkrieg nicht mehr in den *International Research Council*, der sich 1931 in *International Council of Scientific Unions* umbenannt hatte, aufgenommen.

Im Mai 1933 informierte Heinrich Lüders als Klassensekretar der Preußischen Akademie die Vertreter der Kartell-Akademien, dass mehrfach Mitglieder auswärtiger Akademien „um Auskunft über die Stellungnahme des Kartells zu Union und Conseil gebeten hätten.“ Seine Antwort wäre gewesen, „dass diese Angelegenheit vorläufig ruhe, auch für die deutschen Akademien kein Grund vorliege, von sich aus Schritte zu tun, es vielmehr beiden Verbänden zukomme, zunächst einmal die vom Kartell geäußerten Wünsche zu erfüllen. Die übrigen Vertreter sind der gleichen Meinung.“ Charakteristisch für die Haltung der Akademien, die sich auch auf die Anknüpfung internationaler Wissenschaftsbeziehungen ausgewirkt hat, ist der im Mai 1933 ebenfalls protokollierte Hinweis auf die „noch gar nicht abzuschätzende politische Umwälzung der jüngsten Vergangenheit“ vor allem deshalb, weil er mit der „Hervorhebung des von den Akademien stets mit Entschlossenheit vertretenen nationalen Standpunktes, auch im Kampf gegen Auswärtiges Amt und gegen Länderregierungen“ verbunden wurde.<sup>9</sup> Am 29. Juli 1934 stellte Lüders dann fest: „Deutschland hat zur Zeit im Ausland so wenig Freunde, dass wir es uns nicht leisten können, freundschaftliche Anerbieten zurückzuweisen, und vielleicht können die deutschen Akademiker etwas zum Ausgleich der Stimmungen beitragen.“<sup>10</sup> Am 13. Mai 1935 wurden die Kartellakademien auf der Tagung in Kopenhagen in die *Union Académique Internationale* aufgenommen, in der sie fortan mitarbeiteten.

Ich muss nach meinem Kenntnisstand offen lassen, ob sich die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die Notgemeinschaft, der Hochschulverband und andere Wissenschaftsorganisationen der 1919 vom Kartell der Akademien vorgegebenen Linie gebeugt oder ob sie versucht haben, wenigstens seit der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre gegenzusteuern. Die für die internationalen Beziehungen wichtigere Organisation war meines Erachtens der *International Research Council*, der auch schon vor seiner Namensänderung von 1931 vor allem ein Zusammenschluss von Fachverbänden war. Insofern ent-

9 ABBAW Berlin. Bestand PAW II-XII, 9, Bl. 46.

10 Ebd., Bl. 92.

behrt es nicht der Logik, dass das Kartell der Akademien schließlich zwar der *Union Académique Internationale* beitrug, nicht aber dem *International Council of Scientific Unions*, da die Akademien auf dessen Arbeitsgebiet kaum Forschungen betrieben. Im Hinblick auf den ICSU waren eher die Aktivitäten der deutschen Fachverbände gefragt, und diese agierten einzeln und unabhängig voneinander, da sie nicht wie die Akademien über eine Art Dachorganisation verfügten. Die Bildung von Nationalkomitees für die einzelnen Fachgebiete zur Vertretung der deutschen Wissenschaft in dem ICSU erfolgte erst nach dem zweiten Weltkrieg. Es wäre zu prüfen, ob es analoge Bestrebungen bereits um 1930 nach dem faktischen Ende des Boykotts und des Gegenboykotts gegeben hat und ob sich die Erwägungen zur Bildung eines deutschen Forschungsrates in irgendeiner Weise zu tatsächlichen Verhandlungen zwischen deutschen Wissenschaftsorganisationen verdichtet haben.